

# BLICKPUNKT

NACHRICHTEN AUS SCHLANGEN - AUSGABE NEUJAHR 2023

## Doppelspitze führt Lippische SPD

Die Lippischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erstmals ein Führungsduo gewählt: Katrin Freiberger und Lasse Huxoll. – Mehr auf Seite 2



## Erleben wir einen Wahlbetrug?

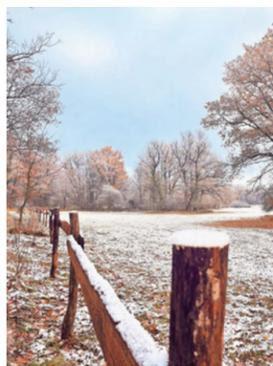
Gutachten von Schwarz-Grün im Land läßt an Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zweifeln. – Mehr auf Seite 2

## Planungen zum Freibad

Die Ölheizung muss ersetzt werden. Nun könnte das Freibad CO2-frei werden.

– Mehr auf Seite 4

## Wir wünschen ein gutes neues Jahr!



Der 24. Februar 2022 hat im vergangenen Jahr einen neuen, aber unheilvollen, Akzent gesetzt. An den Folgen hat vor allem die Ukraine sehr schwer zu tragen. Die Schockwellen haben wir in Schlangen, wie überall, auch zu spüren bekommen. Ein verbrecherischer, brutaler Krieg, nicht weit von uns entfernt, stellte das „friedvolle“ Weihnachtsfest unter keinen guten Stern. Wichtig, wie immer, ist es, dass wir in Schlangen auch 2023 unsere Solidarität den Kriegsflüchtlingen und Verfolgten aller Nationen gegenüber zeigen und leben. Dafür steht die Politik in Schlangen ein. Unser besonderer Dank gilt all denjenigen, die sich persönlich intensiv um die betroffenen Menschen kümmern. (Red.-Schluss: 15.12.22)

## Maßnahmen zum Energiesparen beschlossen

Der Rat hat im Oktober eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um seinen Beitrag zu leisten, Gas und Strom einzusparen. Konsequenz, aber mit Augenmaß. Uns war wichtig, dass im Schul- und Sportbereich weiterhin warmes Wasser zum Duschen bereitgestellt wird. Das ist für die aktuelle Heizperiode gesichert. Die Straßenbeleuchtung wird auf den Nebenstraßen etwas reduziert, früher ausgeschaltet, später eingeschaltet, Sonntag bis Donnerstag - 23.00 Uhr bis 5.30 Uhr, Freitag bis Samstag - 1.00 Uhr bis 5.30 Uhr. In allen Verwaltungsbereichen wird die Raumtemperatur auf 19 Grad gesenkt. Im Frühjahr werden wir prüfen, ob die Gesamtheit der Maßnahmen den erwünschten Spareffekt erbracht hat. Weiterhin muss dann die aktuelle Energieversorgung neu bewertet werden.

## Wie erreichen wir auch in Schlangen die Klimaziele?

In den nächsten 7 Jahren müssen TÄGLICH 6 Windräder bundesweit gebaut werden, um die Klimaziele zu erreichen.



Theorie und Praxis stehen sich völlig konträr gegenüber. Anschaulich zeigt sich das an den Plänen, auf dem Gebiet der Gauseköte 13 Windräder zu errichten. Die Grundstücke sind im Besitz des Prinzen zur Lippe. Über die benötigten Flächen hat Prinz zur Lippe einen Nutzungsvertrag mit dem Paderborner Unternehmen WestfalenWind Planungs GmbH & Co. KG abgeschlossen, welches die Anlagen plant und beim Kreis Lippe als zuständige Behörde beantragte. Ein Windrad erzeugt 5,5 MW Strom, zusammen 220 Mill. Kilowattstunden jährlich. Damit lassen sich gut 55.000 Haushalte mit Strom versorgen.

Die notwendigen Anträge wurden beim Kreis Lippe eingereicht, der im Mai 2021 die Vollständigkeit bestätigte. „Im Rahmen des begonnenen Genehmigungsverfahrens für den Windpark Gauseköte gab die Bundeswehr bzw. das dort befasste Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr über die sachlich zuständige BezReg. Münster zunächst eine positive Stellungnahme ab, die aber nach einigen Wochen nach Rücksprache mit den brit. Streitkräften mit Schreiben vom 29.9.2021 u.a. deshalb widerrufen wurde, weil auf dem Truppenübungsplatz (TÜP) nun Luftbodenübungen/Tiefflüge durchgeführt würden, für die es angeblich einen Ausflugskorridor gäbe“, so Dr. Jan Lackmann (Geschäftsführer der WestfalenWind Planungs GmbH & Co. KG).

Es wird nun zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommen. Bislang wurde die Akteneinsicht, bezüglich der

möglichen Flugzonen, dem Antragsteller verweigert. Es stellt sich weiterhin die Frage, ob die geplante oder sogar schon vollzogene Erweiterung des Übungsbetriebs durch eine entsprechende Genehmigung abgesichert ist. Seinerzeit wurde ein umfangreicher Genehmigungsprozess durchgeführt, als es um die Errichtung von Kampfdörfern ging. Dazu gehören dann z.B. Umwelt- und Schallgutachten.

Ein weiteres Verfahren ist gegen den Kreis Lippe aktenkundig. Der Kreis Lippe hat entschieden die Windkraftanträge ad hoc abzulehnen, anstatt das Verfahren zunächst mit allen erforderlichen Schritten zu Ende zu führen. Rechtsgutachten bestätigen, dass die militärischen Einwände berücksichtigt werden müssen, aber nicht zu einem sofortigen Verfahrenstopp führen dürfen.

Über Sinn und Zweck des TÜP gibt es unsererseits nichts zu diskutieren. Der kriegerische Überfall auf die Ukraine hat diese Bedeutung nochmals dick unterstrichen. Als Anwohner der Senne wissen wir aber auch, für welche Zwecke der Truppenübungsplatz genutzt wird. Tiefübungen gehört nicht dazu.

Wenn der Funkmast Bielstein in Hiddesen mit seiner Höhe von 290 m den Flugbetrieb nicht stört, dann fragt man sich schon, warum 13 etwas kleinere Masten diesen unmöglich machen sollten.

Neben dem Verlust einer klimaneutralen Produktion von Strom, hat der mögliche Nichtbau der Windräder für die Gemeinde Schlangen erhebliche finanzielle Auswirkungen. Das

aktuelle „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“ von 2021, hat festgelegt, dass Gemeinden, deren Gemeindegebiet sich zumindest teilweise innerhalb eines um die Turmmittte des Windrades befindet, Anspruch auf eine Zahlung von 0,2 ct/kWh haben.

Es ist damit zu rechnen, dass für ein Windrad bis zu 30.000 € möglich sind. Demnach könnten bis zu 180.000 € in den Gemeindehaushalt fließen. Zudem wurde im EEG festgelegt, dass mindestens 70% der Gewerbesteuer der 6 Schlinger Windräder in die Kasse der Gemeinde fließen. Der Betreiber hat geäußert, dass es auch 100% werden können, dann müsste der Standort des Betreibers für die 6 Anlagen in Schlangen liegen. Die Süddeutsche Zeitung zitiert Johannes Lackmann: „Einer Gemeinde wie Schlangen, wo 6 der neuen 13 Windräder stehen sollen, verheißt das bis zu 650.000 € zusätzliche Einnahmen – jährlich.“ (SZ vom 12.11.2022) Die FAZ berichtete am 1.12.22. Zurzeit läuft ein Förderantrag der Gemeinde, mit dem Ziel eine finanzielle Förderung für den Umbau der Heizung im Freibad zu bekommen. Die Heizung soll CO<sup>2</sup> neutral werden, was erhebliche Kosten verursacht. Da wäre ein Betrag aus umweltfreundlicher Energieerzeugung sehr hilfreich. Das „NO“ der Briten hat also ganz erhebliche Folgen für den Gemeindehaushalt. Wir wünschen dem Antragsteller Erfolg bei seinen Klagen, ist er erfolgreich, ist es für die Gemeinde ein Erfolg.

## Eine neue Sporthalle am Rennekamp?

Unsere Sportvereine haben einen sehr hohen Stellenwert in der Gemeinde, sie leisten in mehrfacher Hinsicht viel für unsere Gemeinschaft. Die Hallenkapazitäten sind jedoch begrenzt - wie kann es weitergehen?

Für den Schul- und Vereinssport ist das Gelände am Rennekamp zentral. Das Gebiet ist mit den Hallen und den Fußballplätzen gut belegt. Die Sportstätten werden intensiv genutzt und sind mittlerweile an der Kapazitätsgrenze. VfL und Fortuna drängen nunmehr auf eine weitere Halle, es soll sogar eine 3-fach Halle sein, also größer als die dort befindliche 2-fach Halle. Ist das auf dieser Fläche realisierbar? Der Vorschlag, dafür einen überaus erheblichen Teil des „Wäldchens“ zu opfern, wird von der SPD eindeutig abgelehnt. In den präsentierten Planungen sind zwei zentrale Voraussetzungen nicht bedacht worden. Eine 3-fach Halle löst automatisch eine zusätzliche Notwendigkeit an weiteren Parkplätzen aus. Wo sollen

die entstehen? Nach der gültigen Sportstättenlärmenschutzverordnung der bestehenden Anlage würde der Bestandsschutz aufgehoben. Welche Konsequenzen das für den gesamten Sportbetrieb haben würde, dazu gibt es bisher keine Aussagen. Bevor auf dem Gebiet geplant wird, müssen die Fragen vorab geklärt sein. Selbstverständlich ist die Frage der Finanzierung sehr wichtig und momentan völlig offen. Eine Sporthalle für den Vereinssport ist eine freiwillige Leistung der Kommune und gehört nicht zu ihren Pflichtaufgaben. Beim Bau einer 3-fach Halle reden wir von gut 10 Mio. Euro! Über alle möglichen Optionen wird nunmehr intensiv und zielführend mit allen Beteiligten zu sprechen sein.



## Solarenergie

Förderung für Schlangen

Die SPD hat einen Förderantrag in den Rat eingebracht: die Gemeinde Schlangen soll ein Förderprogramm zur Unterstützung der Installation von sogenannten „Balkonkraftwerken“ auflegen. Gefördert werden sowohl Eigenheimbesitzerinnen und Eigenheimbesitzer als auch Mieterinnen und Mieter.

Für das Haushaltsjahr 2023 ist hierzu ein Betrag von 10.000 € in den HH einzustellen.

Förderfähig sind die Anschaffungskosten für Balkonkraftwerke mit einer elektrischen Leistung bis 600 Watt (Wp). Für die Anlagen wird ein Zuschuss von maximal 200 € gewährt.

Klimaschutz, erneuerbare Energie und Energieeinsparung sind eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ak-

tuell müssen wir feststellen, dass steigende Stromkosten die Haushalte vor immer größere finanzielle Belastungen stellen.

Mit der Förderung der Balkonkraftwerke wollen wir einerseits die dezentrale Erzeugung von erneuerbarem Strom voranbringen, andererseits den Haushalten eine finanzielle Entlastung bei den Stromkosten bieten.

Balkonkraftwerke sind meistens einfach auf dem Balkon, einer Terrasse oder an der Fassade zu installieren. So wird kostenlos Strom aus Sonnenenergie in die Wohnung und das dortige Elektrosystem eingespeist, und die Besitzer sparen entsprechend Kosten für Strom. Der Umweltausschuss hat eine einstimmige Empfehlung ausgesprochen.



## Ampel-Koalition stockt THW-Etat um 42,2 Millionen auf

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn dankt den lippischen THW-Mitgliedern

Kreis Lippe. Zerstörte Häuser, Straßen und Brücken, verletzte und geschockte Menschen, dazu viele Todesopfer: Die Jahrhundertflut im Ahrtal hat im Sommer 2021 unfassbares Leid über die Menschen dort gebracht und zig Existenzen einfach weggespült. Umgehend waren den Betroffenen damals unter anderem die Mitglieder des Technischen Hilfswerks (THW) zu Hilfe geeilt und dort wochenlang im Einsatz – auch aus Lippe. Als Dank für ihren Einsatz wurden die Ehrenamtlichen nun bei einer Feierstunde in Detmold ausgezeichnet.

Mehr als 15.500 Stunden waren die 54 THW-Mitglieder aus Detmold und 31 THW-Angehörige aus Lemgo im Ahrtal im Einsatz. „Es ist gut zu wissen, dass es das Technische Hilfswerk und seine in erster Linie ehrenamtlichen Mitglieder gibt, die im Notfall für uns da sind und dringend benötigte Hilfe leisten“, sagt der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn, der bei der Auszeichnung in Detmold dabei war. Passend dazu überbrachte Berghahn die Nachricht, dass der Bund den THW-Etat im kommenden Jahr um 42,2 Millionen Euro erhöhen werde.

## „Das ist die Vorbereitung eines Wahlbetrugs“

Gutachten lässt Zweifel an Abschaffung der Straßenausbaugebühren. Die Abgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer fordern von der CDU, ihr Versprechen einzulösen.

Kreis Lippe. „Wir haben die Straßenausbaubeiträge abgeschafft“ könnte es in den Wochen vor der Landtagswahl in Dauerschleife von der plumpen Wahlkampf-schallplatte der CDU – auch in Lippe. Doch dieses vollmundige Versprechen war offensichtlich nichts anderes als eine billige Blendgranate, um im Wahlkampf ein unbequemes Thema abzuräumen. Ein im Auftrag der Landesregierung erstelltes Gutachten lässt erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass die umstrittenen Gebühren jemals wegfallen werden.

„Das sind ganz schlechte Nachrichten für die Grundstückseigentümer in Nordrhein-Westfalen“, erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer. Schon jetzt fragten sich viele Menschen, wieso sie kürzlich Beitragsbescheide im Briefkasten hatten, obwohl die Gebühren laut CDU doch abgeschafft worden seien. „Viele stellen nun fest, worauf die SPD bereits vor der Landtagswahl hingewiesen hat: Was hier pas-

siert, ist die Vorbereitung eines Wahlbetrugs“, ärgert sich Baer.

Seit Jahren setzen sich die Sozialdemokraten dafür ein, die Bürgerinnen und Bürger finanziell zu entlasten und Ungerechtigkeiten wie die Straßenausbaugebühren abzuschaffen – und hatten damit bei den Bürgerinnen und Bürgern offene Türen eingerannt. Doch mit ihren Anträgen dazu war die SPD im Landtag stets an der Mehrheit von CDU und FDP gescheitert.

Kurz vor der Landtagswahl folgte dann die Rolle Rückwärts der Christdemokraten. Stolz verkündeten Ministerpräsident Hendrik Wüst & Co. die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Dabei waren diese längst nicht vom Tisch. Die Landesregierung hatte lediglich ein Förderprogramm aufgesetzt, durch das den Betroffenen die Gebühren erstattet werden. Die Beiträge wurden und werden also nach wie vor erhoben und lediglich vom Land übernommen, was bei den Städten und Gemeinden für einen erheblichen bürokratischen Aufwand sorgt. „Wir

haben immer wieder darauf hingewiesen, dass dies eine Mogelpackung ist“, erklärt Stock. „Von Abschaffung der Straßenausbaugebühren konnte und kann absolut keine Rede sein“, ergänzt Maelzer. Im Gegenteil.

Monatelang war von dem angeblichen Prestigeprojekt der Christdemokraten nichts mehr zu hören. Nun ist ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten aufgetaucht. Dies war zwar schon im Juni erstellt, aber erst jetzt den Abgeordneten zur Verfügung gestellt worden. „Allein das ist ein Zeichen dafür, wie wenig die Landesregierung das Thema interessiert“, sagt Baer.

Das Gutachten führt drei Möglichkeiten auf, wie in Zukunft mit den bei den Bürgerinnen und Bürgern ungeliebten Beiträgen verfahren werden könnte. Der Knackpunkt daran: Keine dieser Möglichkeiten garantiert den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie am Ende nicht doch auf den Kosten sitzen bleiben. „Obwohl die Abschaffung der Straßenausbaugebühren im Koalitionsver-

trag vereinbart wurde, schiebt Schwarz-Grün das Thema auf die lange Bank“, sagt Stock. „Die CDU hat der Öffentlichkeit weiß gemacht, dass die ungerechten und bürokratischen Beiträge vom Tisch sind. Doch das ist nicht der Fall. Kommunen sind rechtlich weiterhin gezwungen, diese Gebühren zu erheben“, sagt Maelzer.

„Unsere Lösung liegt auf dem Tisch: Die Beiträge werden im Gesetz abgeschafft und alle bis zum 1. Januar 2018 nicht bestandskräftig festgesetzten Beiträge werden nicht mehr erhoben. Das Land ersetzt den Kommunen die fehlenden Einnahmen“, fordert Ellen Stock. „Diese Lösung ist leicht umsetzbar, rechtlich machbar und längst überfällig – man muss es nur wollen“, sagt Alexander Baer. „Doch was man den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf vollmundig versprochen hat, scheint Ministerpräsident Hendrik Wüst und der CDU ziemlich egal zu sein“, ärgert sich Dennis Maelzer.



## Doppelspitze in Lippischer SPD

Katrin Freiberger und Lasse Huxoll führen gemeinsam die SPD

Nachdem die langjährige Vorsitzende, Ellen Stock, nicht mehr als Chefin antreten wollte, mussten die Genossinnen und Genossen eine neue Spitze wählen. Nach der Satzungsänderung war der Weg für eine Doppelspitze frei. Katrin Freiberger (46) aus Augustdorf und Lasse Huxoll (27) aus Lemgo führen jetzt die lippische SPD an.

Katrin Freiberger ist Mitglied im Gemeinderat in Augustdorf und Mitglied des Kreistages. Die Gleichberechtigung der Geschlechter liegt ihr sehr am Her-

zen und darum hatte auch die AsF den Antrag für die Einführung der Doppelspitze gestellt.

Lasse Huxoll, der schon als Schüler der SPD beigetreten war, ist Mitglied im Stadtrat der Hansestadt Lemgo und stellvertretender Verbandsvorsitzender im Landesverband Lippe. In der SPD-Ratsfraktion ist er stellvertretender Vorsitzender auch im Jugendhilfeausschuss im Stadtrat ist er stellvertretender Vorsitzender.

Gemeinsam wollen Sie die SPD nach vorne bringen.

## Nordumgehung: Sanierung vor Neubau?

Der Landtagsabgeordnete Alexander Baer hat bei der Landesregierung nachgehakt. Ende des Jahres könnte das bedeutende Projekt für Lemgo einen wichtigen Schritt vorankommen.

Lemgo: Stau, verstopfte Straßen und Lärm. Dieser Zustand soll vor allem in der Gosebreite, der Richard-Wagner- und der Herforder Straße durch die Nordumgehung der Vergangenheit angehören. „Der Landesbetrieb Straßen.NRW rechnet mit 30 Prozent weniger Verkehr“, weiß Alexander Baer.

„Anfang 2021 wurde das Planfeststellungsverfahren für den Neubau eröffnet. Bis Februar

2021 konnten Einwände und Stellungnahmen eingereicht werden. Diese sind Mitte Mai 2021 an Straßen.NRW gegangen. Doch seither hat man von der Nordumgehung nichts weiter gehört und das Projekt scheint ins Stocken geraten zu sein.“, erinnert Baer.

Aus der Antwort auf seine Kleine Anfrage geht hervor, dass die Stellungnahmen von Straßen.NRW derzeit fachtechnisch

geprüft würden. „Im Anschluss erfolgt die Übersendung an die Bezirksregierung Detmold als Planfeststellungsbehörde, die auch den anschließenden Erörterungstermin anberaumt“. Die Bearbeitung der Einwendungen und Stellungnahmen bei Straßen.NRW und die Übergabe an die Bezirksregierung Detmold seien für das 4. Quartal 2022 geplant. „Damit würden die Planungen einen wichtigen Schritt vorankommen“, sagt Baer.

Weiter heißt es in der Antwort: „Normalerweise werden so weit fortgeschrittene Planungen, wie bei der Nordumgehung nicht mehr gestoppt und die laufenden Projekte werden bis zur Novellierung des Bundesverkehrswegeplans weiterbearbeitet.“

„Ob das auch für die Nordumgehung gilt, wird offen gelassen. Bei der Aussage: „Die regierungstragenden Fraktionen

haben sich grundsätzlich darauf verständigt, dass im Bereich des Straßenbaus Sanierung Vorrang vor dem Neubau hat“ gehen bei mir alle Alarmlampen an. Ich erwarte von der Landesregierung, das Projekt weiter voranzutreiben und nicht zu verschleppen oder zu blockieren. In diesem Punkt werde ich die Landesregierung beim Wort nehmen“, sagt Baer.

Weiter betont Baer: „Vor allem unter dem Aspekt, dass noch im Mai behauptet wurde, dass die Nordumgehung unter einer rot-grünen gestorben sei, wäre eine Kehrtwende nicht nur ein Rückschlag für die Verkehrssituation in Lemgo, sondern auch sehr peinlich für die örtliche CDU. Denn nun schlagen sie zusammen mit den Grünen einen Weg ein, den sie stets kritisiert hatten.“

## Mehr Gleichstellung im Kreishaus

SPD-Kreistagsfraktion freut sich über Erfolge durch den Gleichstellungsplan

Große Fortschritte beim Thema Gleichstellung gibt es in der Kreisverwaltung Lippe. Aus einem Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan 2020-2050 geht hervor, dass viele der Ziele nach der Hälfte der Zeit komplett oder teilweise erreicht werden konnten. SPD-Fraktionsvorsitzender Henning Welslau freut sich: „Das ist ein toller Erfolg der Kreisverwaltung. Wir danken besonders der Gleichstellungsbeauftragten, unserem Landrat Axel Lehmann und der Personalabteilung für die engagierte Arbeit an den Zielen, die wir als Politik 2019 beschlossen haben.“ Die Auswertung ergibt, dass die Teilzeit-Quote deutlich erhöht wurde: bei Frauen um 12% und bei Männern um 5% in unterschiedlichen Stundenkontingent-Kategorien. Das Arbeiten

in Teilzeit kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Das Ziel, Führungspositionen zum gleichen Anteil mit Frauen und Männern zu besetzen, ist bereits erreicht. Aktuell gibt es 50% weibliche und 48% männliche Führungskräfte, wobei 2% der Stellen zum Stichtag 30. Juni 2022 nicht besetzt waren. Selina Sonnenberg, Mitglied im Finanz- und Personalausschuss, ist sich sicher: „Mehr Vielfalt tut der Kreisverwaltung gut. Der Bericht zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind. Für alle Arbeitskräfte, Frauen wie Männer, ist die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Pflege und auch Ehrenamt wichtiger geworden. Dies ermöglichen die Maßnahmen aus dem Gleichstellungsplan.“



# Mit dem Bürgergeld zu mehr Respekt, Qualifizierung

Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn lobt die größte Sozialreform der letzten 20 Jahre, die viele Verbesserungen mit sich bringt.

Es ist vollbracht: Mit dem Jahreswechsel wird das neue Bürgergeld ausbezahlt. „Damit verabschieden wir uns nicht nur von Hartz IV und lösen ein zentrales Wahlversprechen ein. Wir schaffen auch mehr Sicherheit für Menschen, die beruflich in schwierige Lebenslagen geraten sind“, freut sich der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn.

„Auch wenn wir am Ende im Vermittlungsausschuss des Bundesrates einen Kompromiss eingehen mussten, haben wir es dennoch geschafft, die komplette Verweigerungshaltung der Konservativen aufzubrechen und die Kernbestandteile des Bürgergelds durchzusetzen“, meint Berghahn.

Mit dem neuen Bürgergeld vollzieht die Bundesregierung

nicht nur die größte Sozialreform der vergangenen 20 Jahre. „Gleichzeitig setzen auf den Abbau von Bürokratie, eine Kultur der Augenhöhe sowie mehr nachhaltige (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt“, stellt Berghahn fest. Das Bürgergeld bringe eine Reihe von Verbesserungen für die Menschen mit sich: Ab dem 1. Januar stiegen die Regelsätze um 53 Euro auf 502 Euro im Monat. Außerdem werde ein besserer Inflationsausgleich geschaffen und die Zuverdienstmöglichkeiten stiegen.

Weiterbildung und Qualifizierung würden in Zukunft in gleicher Weise unterstützt wie die Aufnahme eines neuen Jobs. „Das ist aus zwei Gründen äußerst wichtig: Im bisherigen Hartz-IV-System sind viele der langzeitarbeitslosen Menschen

ohne Berufsausbildung. Oft werden sie immer mal wieder in Hilfsjobs vermittelt – und stehen ein paar Monate später wieder beim Jobcenter. Mit dem neuen Bürgergeld sorgen wir dafür, dass Menschen einen Abschluss nachholen können, um dauerhaft am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen“, erklärt Berghahn. Mit Prämien für Weiter- und Qualifizierungsmaßnahmen würden positive Anreize geschaffen, anstatt weiter auf eine Drohkulisse zu setzen.

Allgemein werde die Beratung in den Jobcentern in Zukunft auf eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt ausgerichtet. Nicht mehr der nächstbeste Job, sondern die langfristige Perspektive der Menschen werde im Fokus stehen.



## „Das ist der Witz des Jahres“

Jugendliche sollen auf Vorschlag des Schulministeriums ihre digitalen Kenntnisse mit Stift und Papier nachweisen.



Kreis Lippe. E-Mails lesen und schreiben, Nachrichten verschicken, telefonieren, einkaufen, Termine buchen und vieles mehr erledigen die meisten Menschen mittlerweile mit dem Smartphone als ständiger Begleiter. Das führt auch dazu, dass Kinder heutzutage in einer digitalen Welt aufwachsen und die verschiedenen Endgeräte teils besser als ihre Eltern beherrschen. Digitale und EDV-Kenntnisse werden also immer wichtiger – auch für Jugendliche.

Ihre digitalen Fähigkeiten konnten sie bisher vom Schulministerium durch einen „EDV-Führerschein“ zertifizieren

lassen und beispielsweise Bewerbungen beifügen. „Das ist eine gute und sehr sinnvolle Möglichkeit“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer, familienpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Das nachzuweisende Wissen dafür wurde bislang online abgefragt. Doch nun hat das Ministerium den Test abgeschaltet – unter anderem aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen (die allerdings lange bekannt gewesen sein sollen).

Alternativ schlägt das Ministerium vor, dass die Jugendlichen den „EDV-Führerschein“ einfach analog ablegen können

– mit Zettel, Stift und Papier. „Das ist der Witz des Jahres und klingt eher nach einem Bericht aus Schilda als nach etwas, was es wirklich gibt“, erklärt Maelzer und fordert das Schulministerium dazu auf, schnellstmöglich wieder die Online-Prüfung zu ermöglichen. „Von Ministerin Feller verlangt ja auch keiner, auf E-Mails mit Füllfederhalter und auf Papier zu antworten. Deshalb: Tests über digitale Fähigkeiten müssen digital abgelegt werden. Und dafür muss das Ministerium umgehend die Voraussetzungen schaffen“, sagt Maelzer.

## Gelder für moderne Feuerwehrgerätehäuser gestrichen

Die SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer fordern, Hilfen für Rettungskräfte und Kommunen nicht zu kürzen.

Kreis Lippe. Die vielen Krisen, denen Länder und Bund sich derzeit stellen müssen, können auch an einem Haushalt nicht spurlos vorüber gehen. Den Rotstift aber ausgerechnet bei den ländlichen Räumen und dem Katastrophenschutz anzusetzen, ist zu kurz gedacht, erklären die lippischen SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer.

Vollmundige Ankündigungen eines Entlastungspaktes, zu dem nach wie vor keine Details bekannt sind, Taschenspielertricks beim Corona-Rettungsschirm, Wirrwarr um die Einhaltung der Schuldenbremse, eine schrumpfende Wirtschaftsleistung oder der mehrfach gescheiterte Haushaltsentwurf der Landesregierung, der nach Prüfung des Landesrechnungshofs zweimal verfassungswidrig war: Für Schwarz-Grün setzt es eine Ohrfeige nach der anderen. Als wäre diese Ansammlung von Peinlichkeiten nicht schon

rung nun auch noch ein für ländliche Kommunen wichtiges Förderprogramm zusammen.

Im Zuge der Haushaltsplanberatungen stellte sich heraus, dass die sehr beliebte Förderung der Dorferneuerung um ganze 22 Millionen Euro gekürzt werden soll. Konkret: Der erst im Jahr 2021 eingeführte Sonderauftrag „Feuerwehrrhäuser in Dörfern“ wurde ersatzlos gestrichen. „Das sind schlechte Nachrichten für unsere Kommunen und Feuerwehren“, erklärt Ellen Stock. „Gerade auf dem Land haben wir größtenteils ehrenamtliche Kräfte“, sagt Baer. „Wer seine Zeit und auch seine Gesundheit für die Gesellschaft einsetzt – der hat es auch verdient, dass das Land ihn unterstützt“, ergänzt Maelzer.

Besonders verärgert sind die Sozialdemokraten darüber, dass einfach auf die Kommunen verwiesen wurde. „Vielen Städten und Gemeinden steht das Wasser zwischen höheren Zinsen und wachsenden Energiekosten bis

zum Hals. Jetzt einfach zu sagen, die Kommunen sind dran, wird der Verantwortung einer Landesregierung nicht gerecht“, sagt Stock. Im Kommunalausschuss hatte sie die konkret nach den Gründen für die Abschaffung gefragt. Daraufhin kam man auf Seiten des Ministeriums ordentlich ins Schwimmen, wich aus und lenkte ab – eine konkrete Antwort gab es nicht!

Dass der Bedarf da sei, liege auf der Hand. „Viele Feuerwehrrhäuser entsprechen nicht mehr den aktuellen Sicherheits- und Brandschutzanforderungen, es fehlen Räume für die Jugend und Anbauten für eine Trennung von verschmutzter Einsatz- und sauberer Zivilkleidung“, sagt Baer. „Erst die Hilfe des Bundes bei der Entschuldung der Kommunen ablehnen und ihnen dann die Gelder streichen – das ist weder Krisenhilfe, noch Krisenresilienz, noch Krisenvorsorge“, kritisiert Maelzer. Insgesamt bräuchten die Kommunen mehr Hilfe und nicht weniger.

## Hilfe gegen Hass und Hetze

Drohungen gegen Kommunalpolitiker:innen nehmen zu. Die SPD-Abgeordnete Ellen Stock will die Ehrenamtlichen unterstützen.



Netzwerken bis hin zur Gewalt: Für viele Bundes- und Landespolitiker gehören Kreis Lippe. Subtile Drohungen, Verleumdungen, Hass und Hetze in Sozialen solche Erfahrungen leider inzwischen zum Alltag. Seit einigen Jahren nehmen aber auch die Berichte über verbale

Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker deutlich zu. „Eine besorgniserregende Entwicklung“, stellt die SPD-Landtagsabgeordnete Ellen Stock klar.

Genau zu diesem Thema hatte Stock als Mitglied des Kommunalausschusses kürzlich im

Landtag gesprochen. „Auch in meinem Wahlkreis häufen sich die Berichte der ehrenamtlichen Politiker, dass sie immer öfter angegangen, beleidigt und beschimpft werden. Viel spielt sich dabei in den sozialen Netzwerken ab. Aber auch persönliche Anfeindungen sind leider nicht mehr selten“, berichtet Stock. Die Bandbreite reiche von immer wiederkehrenden Fake News und Anspielungen bis hin zu Drohungen und offenen Gewaltaufrufen.

„Man kann und soll ja auch unterschiedlicher Meinung sein. Und oft gibt es Themen und Entscheidungen, die polarisieren und emotional diskutiert werden“, erklärt die Abgeordnete. Doch ihrem Eindruck nach werde dabei immer schneller die sachliche Ebene verlassen. „Werden Entscheidungen getroffen, die einem nicht gefallen, geht

es mittlerweile schnell ins Persönliche. Frei nach dem Motto ‚Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.‘ Nicht wenige Lokalpolitikerinnen und -politiker wollten sich das nicht mehr antun und sich deshalb aus der Politik zurückziehen. „Dem müssen wir uns entgegenstellen! Hier ist auch das Land gefragt, um bestehende Hilfe offener zu kommunizieren und diese weiter auszubauen“, forderte Stock in ihrer Landtagsrede. Unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände und der Polizei könnten bestehende Aufklärungskampagnen einen stärkeren Schwung bekommen und neue entwickelt werden. „Wichtig ist, dass wir die Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht im Stich lassen und ihnen mit aktiven Hilfen zur Seite stehen“, erklärt Stock.

## Klausurtagung unter schwierigen Vorzeichen

Die SPD-Kreistagsfraktion tagt erstmal seit Corona wieder im Inselquartier des Kreises auf Norderney

Die Mitglieder der Kreistagsfraktion waren Ende Oktober vier Tage auf der Nordseeinsel. Die Zeit wurde genutzt, um intensiv über die anstehenden Projekte in den einzelnen Arbeitsbereichen zu diskutieren. Angesichts der vielen Krisen, die auch den Kreis Lippe treffen, wird die Haushaltslage 2023 schwierig. Dank des guten Wirtschaftens in den vergangenen Jahren gibt es eine solide Ausgleichsrücklage. Die Kreistagsfraktion hatte das Ziel, Prioritäten zu setzen und mögliche Einsparungen ins Auge zu fassen, um gut vorbereitet in die Haushaltsverhandlungen Anfang nächsten Jahres zu starten. Die erste mehrtägige Klausurtagung seit Ausbruch der Coro-

na-Pandemie diente auch dem besseren Kennenlernen der Fraktionsmitglieder. Das schöne Wetter und die tolle Lage der Inselquartiere lud zu Aktivitäten unter freiem Himmel ein. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzende Ilka Kottmann zieht ein positives Fazit: „Wir haben die Zeit gut genutzt, um zu diskutieren, welche Ziele wir uns für die einzelnen Bereiche setzen. Der persönliche Austausch kam auch nicht zu kurz und wir hatten Zeit, unsere Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion und mit der Verwaltung und Partei zu reflektieren. Nun geht es an die Umsetzung unserer selbstgesteckten Ziele.“

# Haushalt der Gemeinde ist auf dem Weg

„Kommunen wieder handlungsfähig machen“ so schreibt der Städte- und Gemeindebund am 18.11.22 in einer Pressemitteilung

Der Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der nordrhein-westfälischen Kommunen gegenüber der Landesregierung und dem Landtag. Städte und Gemeinden bekommen über das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz eine finanzielle Grundausstattung. Ohne diese Gelder wären die Kommunen nicht handlungsfähig. Über die Höhe dieser Zuweisungen wird immer heftig gerungen.

Richtig ist, dass alle Gemeinden zusätzliche Belastungen zu

tragen haben. So erwarten die Beschäftigten mit Recht deutliche Lohnerhöhungen. Überall steigen die Baukosten. Für den Klimaschutz und die Energiewende werden hohe Investitionen zu stemmen sein. Die angeordnete Maßnahme im Freibad (siehe „Planung Freibad“) würde rund 2,1 Millionen Euro kosten. Die Fördersumme könnte 45% der Kosten abmildern. Die Offene Ganztagschule wird ab 2026 verpflichtend. Das bedeutet insbesondere für den Standort in

Oesterholz-Haustenbeck Investitionen für eine Erweiterung der Gebäude. Absolut richtig und sinnvoll. Es sollte aber nach dem Grundsatz verfahren werden: wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch. Welche Gelder die Bundesregierung hier zur Verfügung stellen wird, ist allerdings noch offen. Der Haushalt wird im Januar eingebracht, abschließend soll er dann im Februar verabschiedet werden.



## Planungen zu unserem Freibad

Noch wird das Wasser im Freibad durch eine Ölheizung erwärmt, das muss und wird sich ändern.



Mit der neuen Folie in den Schwimmbecken konnte im vergangenen Jahr ein großer Schritt zur Zukunftssicherung unseres Freibads erfolgreich durchgeführt werden.

Ziel ist der Erhalt des Freibades. Die weitere Planung sieht vor, das Freibad Schlangen aus energetischer Sicht unabhängig zu machen. Die Beheizung mit fossilen Brennstoffen soll durch eine Kombination aus Wärmepumpe, PVT-Kollektorenanlage und Photovoltaik ersetzt werden. Die PV soll darüber hinaus den Bedarf an elektrischer Energie

des Freibades decken. Die Wasseraufbereitung ist in den 70-er Jahren konzeptioniert worden und aus energetischer Sicht optimierbar. Die Energiekosten der fossilen Energieträger sind eine zurzeit nicht einzuschätzende Größe. Darüber hinaus trägt der vollständige Verzicht auf fossile Energieträger erheblich zum Klimaschutz bei. Zur Finanzierung wurde jetzt ein Förderantrag auf den Weg gebracht. Ob dieser angenommen wird, bleibt abzuwarten. Alternativ muss ein Plan B entwickelt werden. Wir möchten die Gelegenheit nut-

zen, um unseren kompetenten und tüchtigen Bademeisterinnen ein herzliches Dankeschön auszusprechen. Im Sommer 22 mussten viele Kommunen ihre Bäder ganz oder teilweise schließen, der Personalmangel machte dies erforderlich. Im Sommer waren hier vor Ort geringfügige Anpassungen der Öffnungszeiten erforderlich geworden. So konnten die Ruhe- und Pausenzeiten sicher eingehalten werden und personelle Ressourcen für gegenseitige Unterstützung der Aufsicht bei hoher Besucherzahl geschaffen werden.

## Vollkommen inakzeptabel!

Der Umgang der britischen Armee mit der Schlänger Bürgerschaft ist so nicht mehr hinnehmbar.

Die Problematik mit den geplanten WEA auf der Gauseköte hat 2 überregionale Tageszeitungen veranlasst, hierzu große Reportagen zu verfassen: Süddeutsche Zeitung vom 12.11.22: „Im Gegenwind“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.12.22: „Wie eine Wende die andere blockiert“

Wir wollen hier noch einmal aus der Sicht der Menschen, die in Schlangen wohnen und leben, aufzeigen, in welcher Art und Weise die britische Armee mit uns umgeht.

Die oben genannte Presse stellt fest, dass das Infrastrukturamt der Bundeswehr im Juni 2021 keine Einwände gegenüber den Bauanträgen der Windräder des Prinzen zur Lippe und WestfalenWind geäußert hat. Die Bundeswehr hat mit der Errichtung der WEA offenbar keine Probleme.

Zweieinhalb Monate später hat die Bundeswehr diese Aussage zurückgezogen.

Hinweisen möchten wir auf eine Aussage des Kommandeurs des britischen Stützpunktes in Sennelager, Oberst Tom Hill,

der in einer offiziellen Pressemitteilung in Bezug auf den TÜP Senne feststellt: „Eine Nutzungsintensivierung ist nicht vorgesehen.“ (Zitat aus der Presseerklärung, die der Rat am 11.2.2022 erhalten hat)

Also, zu Beginn des Jahres äußert sich das Militär und sagt, es gibt keine Nutzungsänderung. Offensichtlich hat das britische Militär, nach der Zusage der Bundeswehr, Einwände erhoben. Wovon sprechen wir hier? Wir sprechen von dem Gebiet der Gemeinde Schlangen, welches außerhalb des TÜP liegt. Dass die Briten nach Recht und Gesetz die Hoheit über den TÜP haben, steht hier nicht zur Diskussion, das ist unsererseits akzeptiert.

Aber jenseits der Grenze, nennen wir es mal „unser Schlänger Hoheitsgebiet“, dort haben nach unserer Auffassung der Bürgermeister und der Schlänger Gemeinderat das „letzte“ Wort, selbstverständlich unter Beachtung der einschlägigen Landes- und Bundesgesetzgebung.

Die „Süddeutsche“ zeigt in ihrem Bericht die Skizze eines

Flugkorridors über Schlangen, den nach unseren Informationen niemand in der Verwaltung kennt, auch sonst niemand.

Wir sind der Auffassung, dass die Errichtung eines solchen Flugkorridors der Gemeinde nicht nur hätte mitgeteilt werden müssen, nein, wir sind der Meinung, dass es hierzu einer Mitwirkung des Gemeinderats bedürftig hätte. Dies ist nicht geschehen.

Wir bitten deshalb darum, dass juristisch geprüft wird, inwieweit hier Gesetze nicht berücksichtigt wurden, ggf. sollten wir als Kommune Klage gegen die Errichtung und Betrieb dieses Flugkorridors einlegen.

Wir sehen hier einen eklatanten Eingriff in unsere kommunale Selbstverwaltung.

Des Weiteren wird deutlich, dass dieser Eingriff des britischen Militärs erhebliche finanzielle Nachteile für die Gemeinde bedeutet. Auch dazu unsere Anregung, wir bitten zu prüfen, ob diesbezüglich Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden können.

## Hitzeschutzplanung

Der Rat beschließt: Verwaltung und Rat erarbeiten einen Hitzeaktionsplan. Dieser Antrag wurde so beschlossen.

Der Hitzesommer 2022 hat uns erneut auf die problematischen Folgen des Klimawandels aufmerksam gemacht. Offensichtlich werden solche Sommer „normal“.

2017 hat das Bundesministerium für Umwelt eine Handlungsempfehlung für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen herausgegeben. Die Kommune ist die Ebene, welche der Bürgerschaft am nächsten ist. Ihr kommt eine bedeutsame Rolle zu, sie muss aktiv handeln. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Kommunen, die Hitzeschutzaktionspläne erarbeitet haben. In den bereits vorliegenden Plänen anderer Kommunen wird sichtbar welche Personengruppen besonders

gefährdet sind. Hierzu zählen u.a.:

- pflegebedürftige und ältere Personen
- Säuglinge und Kleinkinder
- Personen mit einer körperlichen/geistigen Beeinträchtigung
- Personen, die chronisch krank sind

Hier haben wir eine besondere Verantwortung. Deutlich wird aber auch, dass unsere Seniorenheime, Pflegedienste, Ärzteschaft, Apotheken usw. mit in die Planungen einzubeziehen sind.

Ziel muss es sein, die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger so gut wie möglich vor den negativen Hitzeauswirkungen zu schützen.

## Gedanken zu den Feuerwehrgebäuden

Der Arbeitsschutz verlangt – zu Recht – Verbesserungen in unseren Feuerwehrgerätekäusern

Die Umkleemöglichkeiten und die Duschräume unserer Feuerwachen sind nicht zufriedenstellend. Sie entsprechen nicht den gesetzlichen Anforderungen. Dazu gab es im Ausschuss einen Überblick über die Notwendigkeit einer geplanten Umbaumaßnahme. Der Wehrführer wies auf die vorhandenen Mängel bei der Arbeitssicherheit im Feuerwehrgerätehaus Schlangen hin. Des Weiteren führte er die Gründe auf, weshalb sich für die Erweiterung des Standortes Schlangen entschieden wurde. Der Ausschuss beschloss einstimmig einen Förderantrag zu

stellen, derweil die Kosten für den Anbau bei rund 925.000 € liegen. Wir wissen alle, dass die Feuerwehr in der ehemaligen Wagenhalle der Straßenbahn untergebracht ist.

Deshalb möchten wir prüfen lassen, ob ein Neubau - zentral für ganz Schlangen - eine sinnvolle Alternative sein kann. Denkt man über eine neue zentrale Wache nach, muss sorgfältig geprüft werden, welche Auswirkungen das auf unsere Ortsteile hätte. Selbstverständlich muss die Wirtschaftlichkeit im Blick sein.

## Gebühren für Straßenausbau

„Was hier passiert, ist die Vorbereitung eines Wahlbetrugs“, so die drei lippischen SPD-Landtagsabgeordneten

„Wir haben die Straßenausbaubeiträge abgeschafft“ tönte es vor der Landtagswahl seitens der CDU. Doch dieses vollmundige Versprechen war offensichtlich nichts anderes als eine billige Blendgranate, um im Wahlkampf ein unbequemes Thema abzuräumen. Ein im Auftrag der Landesregierung erstelltes Gutachten lässt erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass die umstrittenen Gebühren jemals wegfallen werden.

„Das sind ganz schlechte Nachrichten für die Grundstückseigentümer in NRW“, so

die lippische SPD. Viele stellen nun fest, worauf die SPD bereits vor der Landtagswahl hingewiesen hat, nämlich - unsere Lösung liegt auf dem Tisch: Die Beiträge werden im Gesetz abgeschafft und alle bis zum 1. Januar 2018 nicht bestandskräftig festgesetzten Beiträge werden nicht mehr erhoben. Das Land ersetzt dann den Kommunen die fehlenden Einnahmen, fordert die SPD. Diese Lösung ist leicht umsetzbar, rechtlich machbar und längst überfällig – man muss es nur wollen!

